



BID - Medieninformation vom 22.02.2024

Weniger Bürokratie, mehr Bauland und mehr Unterstützung für bezahlbaren Wohnungsbau nötig

- **Wohnungsbaukrise: Unternehmer berichten auf dem Jahresempfang der Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland (BID) über Gründe, Ausmaß und Lösungen**

Berlin – Der traditionelle Jahresempfang der Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland (BID) hat einmal mehr sehr deutlich gemacht, warum unter anderem der Neubau in Deutschland nicht mehr funktioniert. Die BID hatte Abgeordnete des Deutschen Bundestages und Spitzenvertreter des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauen eingeladen.

„Wir brauchen weniger Bürokratie und lähmende Komplexität im Wohnungsbau. Mehr Bauland ist notwendig und konkret auch der neue Paragraph 246-E im Baugesetzbuch“, sagt **Axel Gedaschko**, BID-Vorsitzender und Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, anlässlich des Jahresempfangs der BID. Dringend notwendig sei zudem eine Erhöhung und Verstärkung der Zinssubvention für den bezahlbaren Wohnungsbau. Die Kosten dafür werden durch Steuererhöhungen infolge von mehr Wohnungsbau mehr als kompensiert. Beim Zinsförderprogramm komme es insbesondere auf Langfristigkeit und Verlässlichkeit an, damit dringend notwendige Planungssicherheit wieder hergestellt werden kann. Zusätzlich seien auch steuerliche Erleichterungen in Form einer erhöhten degressiven AfA notwendig.

In einer Runde mit Unternehmerinnen und Unternehmern aus der Praxis der Immobilienwirtschaft erläuterten diese aus Ihrer speziellen Sicht, unter anderem wo es beim Wohnungsbau hakt und was sich dringend ändern muss.

Maria Teresa Dreo-Tempsch, Marktvorständin der Berlin Hyp: „Regulierung darf politische Ziele wie die Schaffung bezahlbaren Wohnens nicht konterkarieren. Nicht zielführende Maßnahmen gehören auf den Prüfstand“

Sylvia Pruß, Vizepräsidentin des VDIV Deutschland: „Der Fachkräftemangel in der Immobilienwirtschaft droht die Umsetzung gesetzlicher Vorgaben z. B. hinsichtlich der Klimaschutz-Ziele zu behindern und wird die Suche nach professionellen Verwaltungen für kleinere Gemeinschaften deutlich erschweren. Das wiederum gefährdet den Erhalt von Wohnraum im Bestand. Umso wichtiger wäre es, Förderprogramme dauerhaft bereit zu stellen und die virtuelle Eigentümerversammlung endlich auf den Weg zu bringen.“

Jörg Franzen, Vorstand GESOBAU AG: „Wir stellen uns den Herausforderungen aber, um die Klimaziele zu erreichen, sind verlässliche Rahmenbedingungen unabdingbar: Neben beständigen politischen Vorgaben und Zielen sowie einer kommunalen Wärmeplanung - je früher, desto besser - bedarf es auch passgenauer KfW-Förderprogramme. Ergänzt um ein stabiles Mietrecht, das auch die Einnahmenseite sicherstellt. Ist das gegeben können wir diese Mammutaufgabe gemeinsam meistern.“

**BID Bundesarbeitsgemeinschaft
Immobilienwirtschaft Deutschland**

c/o GdW Bundesverband deutscher
Wohnungs- und Immobilienunternehm-
en
Klingelhöferstraße 5
10785 Berlin

www.bid.info

Pressekontakt:
Andreas Schichel
Pressesprecher GdW

+49 30 82403150

schichel@gdw.de

Die Mitglieder der BID:

BFW Bundesverband
Freier Immobilien- und
Wohnungsunternehmen

VDIV Verband der Immobilienverwalter
Deutschland

GdW Bundesverband deutscher
Wohnungs- und
Immobilienunternehmen

IVD Immobilienverband Deutschland
Bundesverband der Immobilienberater,
Makler, Verwalter und Sachverständigen

vdp Verband deutscher
Pfandbriefbanken

ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss



Ingo Malter, Geschäftsführer der STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mbH: „Nachhaltig, robust und gesund bauen und wohnen – das geht mit altbewährten Techniken und Materialien sehr gut. Der technische Overkill im Wohnungsbau muss grundsätzlich überdacht werden.“

Tim Obermann, Niederlassungsleiter Berlin der Pandion Real Estate GmbH: „Die Ausgestaltung der Sozialpolitik und die Bereitstellung von Sozialwohnungen liegen vornehmlich in der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung und somit dem Staat. Selbstverständlich leisten wir unseren Beitrag, indem wir geförderten Wohnungsbau, Kindertagesstätten und öffentliche Nutzflächen in unsere Quartiersentwicklungen integrieren.“

Enrico Roth, Geschäftsführender Gesellschafter der Bau- GmbH Roth, Berlin: „Damit sich wieder mehr Menschen ein Eigenheim leisten können, muss das Bauen einfacher und kostengünstiger werden. Die Immobilienunternehmen benötigen dafür verlässliche politische Rahmenbedingungen, Sicherheit bei der Förderung und eine drastische Entschlackung der Bauvorschriften. Beim Bau eines Einfamilienhauses sind rund 3.300 gesetzliche Regelungen und Vorschriften zu berücksichtigen. Aktuell fesselt uns die Bürokratie.“

In der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland arbeiten die Verbände BFW, VDIV, GdW, IVD, vdp, und ZIA zusammen, um mit gebündelten Kräften gemeinsam inhaltliche Positionen effektiver in der Öffentlichkeit zu vertreten. Mit der BID steht der Politik und anderen Wirtschaftszweigen sowie weiteren Verbänden ein unterstützender und durchsetzungsfähiger immobilienwirtschaftlicher Partner zur Seite. Weitere Informationen über die BID finden Sie im Internet unter www.bid.info